

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1,50 RM., vierteljährlich 4,50 RM.; durch die Post bezogen monatlich 3 RM., vierteljährlich 9 RM. — Veranlagungsanzeigen kosten pro Zeile 75 Pf. — Zeit- und Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Schuby; Druck: J. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich Bochum, Westenhofen Str. 38-42. Telefon-Nr. 89, 89 u. 98. Telegr.-Adr.: Mittelverband Bochum.

Oberschlesien zerrissen!

Ein weiteres Opfer des wahnwichtigen Weltkrieges wird Oberschlesien sein, wenn die zurzeit aus Genf vorliegenden, offiziell allerdings noch nicht bestätigten Nachrichten richtig sind. Leider sprechen alle Umstände für ihre Richtigkeit. Danach soll Oberschlesien unheilvoll zerrissen werden! Der Kreis Pleß soll ganz, der Kreis Rybnik größtenteils an Polen fallen. Damit wären die bedeutendsten Kohlenvorräte für Deutschland verloren!

Das Pleß-Rybnik auf das Höchste gefährdet sei, war schon längst die Meinung in Oberschlesien. Auf eine Nichtteilung Oberschlesiens hofften in Deutschland immer weniger Menschen, nachdem sich aus Genf die Berichte mehrten, wonach der vom Rat der Ententeeregierungen mit der Entscheidung über Oberschlesiens Schicksal betraute Ausschuss des Völkerbundes eifrig die „steile“ Teilungslinie suchte. Er berief schließlich noch Sachverständige, darunter auch den Gewerkschaftssekretär Kollegen Karger-Kattowik zur Vernehmung nach Genf. Ihm schlossen sich als Beistände an je ein Vertreter der freien, christlichen und kirchlich-undereischen Gewerkschaftsgruppen, für die untrügliche Kamerad Julius Franz. Alle Sachverständigen — auch die polnischen — erklärten sich wegen der intimen wirtschaftlichen Zusammenhänge gegen jede Teilung! Einer solchen sei immerhin die Bildung eines Freistaates Oberschlesiens vorzuziehen, der im Verbände des deutschen Reiches bliebe, aber in wirtschaftlicher Hinsicht Polen wichtige Vorzugsrechte gewähren könne. Dadurch hätte man gewissen „nationalen Eigenarten“ entsprochen, ohne das wirtschaftliche Ganze zu schädigen. Die Polen aber forderten das ungeteilte Oberschlesien nur für sich. Der rücksichtslos aufgepeitschte Nationalismus, belebt durch französische kapitalistische Interessen, will seinen Sieg feiern. Wenn darüber auch abermals ein Teil vom deutschen Reich abgetrennt wird und die Bevölkerung in ärgste wirtschaftliche Not gerät. Das unglückliche Experiment mit dem Saargebiet genügt ja noch nicht zur Förderung der allgemeinen Verarmung.

Was eine Zerreißung Oberschlesiens für einen Einfluß auf die innerpolitische Gestaltung Deutschlands, auf seine Fähigkeit, das Londoner Ultimatum zu erfüllen, haben wird, muß sich in den nächsten Tagen und Wochen nach der Veröffentlichung des offiziellen Textes des Genfer Entschlusses erweisen. Die Geschichte aber wird ihr Urteil sprechen über eine „Versöhnungspolitik“, die nach mittelalterlichem, autokratischem Muster noch im 20. Jahrhundert eine Volksmasse behandelt, als wenn es Sklaven oder Leibeigene wären!

Wir haben während des ganzen Krieges scharf gegen die Annexions- oder Eroberungspolitik unserer Ludendorffe gewandt. Darum haben wir auch das moralische Recht und die sittliche Pflicht, den schärfsten Protest einzulegen gegen das schreiende Unrecht, das jetzt unseren ober-schlesischen Kameraden und Volksmassen angetan werden soll! Es wäre und bliebe eine erbitternde Vergewaltigung, erst recht eine solche von unserem Standpunkt aus betrachtet, der absolut frei ist von nationalistischer Voreingenommenheit. Wir wollen den dauernden Völkerverhaß. Die Zerreißung Oberschlesiens dient den Völkerverhaßern!

Weiter aber sollen an Polen fallen die Kreise Königs-hütte, Beuthen-Land, Kattowik-Stadt und -Land, ferner die östlichen Teile der Kreise Larnowitz und Lublitz! Somit soll auch das für die deutsche Volkswirtschaft außerordentlich wichtige Erz- und Zinkhütten-gebiet polnisch werden. Der Rationalismus soll über die Völkerwohlfahrt triumphierten!

Der Völkerbundsrat weiß sehr wohl, daß diese Teilung Oberschlesiens eine lebensgefährliche Operation ist.

Darum soll er schließlich auf den Ausweg verfallen sein, das brutal zerschnittene ober-schlesische Land wirtschaftlich zu einer „Einheit“ zusammen leimen zu wollen, indem er die Einsetzung eines Drei- oder Fünfmännerkollegiums als Regenten des ganzen ober-schlesischen Wirtschaftsgebietes vorschlägt. Daß dieser Vorschlag überhaupt gemacht wurde, gibt allen denen Recht, die wie wir vor jeder Teilung Oberschlesiens im wohlverwogenen Interesse, nicht nur der einheimischen Bevölkerung, sondern auch des neuen Polenreiches, dringend warnten. Der Völkerbundsrat gesteht also mit seinem Vorschlag selbst ein, daß ein Entschluß für die Teilung Oberschlesiens chauvinistische Machtansprüche entgegenkommt, aber den natürlichen Bedürfnissen der ober-schlesischen Bevölkerung nicht entspricht, vielmehr eine tiefe, schmerzende Wunde schlägt, die einen neuen Unruheherd in dem vom Bundstieber geschüttelten Europa bilden wird! Wohl in Ansehung dessen hat die in Oberschlesien kommandierende Inter-alliierte Kommission bereits Vorkehrungen für die Verhängung eines verschärften Belagerungszustandes getroffen! Der verschärfte Belagerungszustand wäre also die erste Frucht des Spruches von Genf über Oberschlesien. Was wird weiter folgen? Glaubt man die seit zwei Jahren verbrochenen aufgeschüttelten nationalistischen Leidenschaften begünstigen ein „friedliches, wirtschaftliches Zusammenarbeiten“ der maßlos verhetzten Bevölkerung in einem zerschnittenen Oberschlesien? Die verbitterte und verzweifelte Volksstimmung, das kaum unterdrückte blutige Würgen in Oberschlesien ist doch bekannt genug. Aus diesem, durch den Verfall der Zwangsvertrag erzeugten Zustand käme Oberschlesien jetzt noch heraus, wenn ihm die staatliche Autonomie zuerkannt würde, sofern man sich in Genf nicht entschließen könnte, der Abstimmung der Oberschlesier in gerechter Weise Rechnung zu tragen. Mit einer solchen Freistaatsbildung würde auch die ungeheure Volksmehrheit einverstanden sein. Selbst große Massen jener, die bei der Abstimmung für den Anschluß an Polen votierten. Dafür liegen zahlreiche Beweise vor. Der ober-schlesische Freistaat im Verbände des Deutschen Reiches wäre für die Verständigung zwischen Polen und Deutschen von größtem Vorteil. Auch diese Argumente sind den Völkerbundsräten in Genf von Oberschlesien vorgetragen worden. Aber es raft der nationalistische See, er will Oberschlesien zum Opfer haben, mag kommen was will.

Protest der Gewerkschaftsverbände.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund, der Gewerkschaftsring der deutschen Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände, der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Deutsche Beamtenbund richten an den Völkerbundsrat, Lloyd George und Briand, folgendes Telegramm:

„Nach übereinstimmenden Äußerungen der Schweizer, Pariser und englischen Presse hat der Völkerbundsrat die Teilung Oberschlesiens beschlossen. Falls dies zutrifft, erheben die deutschen Arbeiter- und Beamtenverbände aller Richtungen schärfsten Einspruch. Die unterzeichneten Hauptorganisationen, die insgesamt 14 Millionen Mitglieder vertreten und mit Familienangehörigen rund 40 Millionen deutscher Staatsangehöriger vertreten, stellen sich geschlossen hinter das Reparationsprogramm der Regierung. Sie taten das, obwohl sie bewußt sind, daß die Wirkungen der Reparationen für sie alle härteste Arbeit und herbe Entbehrungen bedeuten. Jede Abtrennung wichtiger Wirtschaftsquellen von Deutschland macht die Durchführung dieses Programms unmöglich und bedeutet zugleich die Verelendung des deutschen Volkes, das bei seiner Bevölkerungsdichte auf weltwirtschaftliche Beziehungen, auf Import und Export angewiesen ist. Die Teilung Oberschlesiens steht auch im Widerspruch mit dem Abstimmungsergebnis. Sie hätte ferner zur Folge, daß die arbeitende Bevölkerung Deutschlands auf alle aus Teil. 19 des Friedensvertrages sich ergebenden Maßnahmen verzichtet müßte. Die Gerechtigkeit, sowie die Deutschland auferlegten und von ihm anerkannten Pflichten erheischen gebieterisch die Befassung Oberschlesiens bei Deutschland.“

und keine zentrale Stelle vorhanden, die eine Zusammenfassung veranlassen konnte, so daß die Verständigung nicht immer gelang. Infolge der bestehenden vielen Angestelltenverbände herrschte unter vielen Verbandsmitgliedern ein gewisses Mißtrauen, ob die Angestellten, die sich mitunter sehr radikal gebärdeten, auch wirklich einer freigewerkschaftlichen Organisation angehörten. Die Zahl der Verbände, die Grubenbeamte organisierten, betrug über 20. Wer davon freigewerkschaftlich organisiert war, konnten unsere Mitglieder und Funktionäre meist nicht feststellen. In der großen Zahl der Angestelltenorganisationen konnte man sich auch kaum zurechtfinden. Bestimmt bekannt war in weiteren Kreisen nur, daß der Bund der technischen Angestellten und Beamten, dem sich der Steigerverband angeschlossen hatte, freigewerkschaftlich war und in guter Fühlung mit unserem Verbände stand.

Diese Zersplitterung unter den Angestellten machte sich bei vielen Gelegenheiten sehr unangenehm bemerkbar. Bei den Verhandlungen, an denen sie teilnahmen, rückten ihre Vertreter meist in größerer Zahl an als die der Arbeiter, und es war sehr schwer, sich mit diesen vielen Köpfen zu verständigen, da sich die Angestelltenvertreter meist untereinander selbst nicht einig wurden. Unter Verhandlungsleitender Abg. Dula in a n äußerte einmal im Handelsausschuß des Landtages recht drastisch, es sei

leichter, einen Sack voll Flöhe zu hüten, als die Angestellten unter einem Hut zu bringen. Mitglieder unseres Verbandes haben daher des öfteren, wenn sich Gelegenheit bot, den Angestellten nahegelegt, doch auf eine größere organisatorische Zentralisation im Bergbau hinzuwirken, damit wenigstens darüber Klarheit herrsche, welche Organisationen der Angestellten auf freigewerkschaftlichem Boden länden. Vor allem wurde gewünscht, daß eine Stelle geschaffen wird, die für alle Fragen der freigewerkschaftlich organisierten Angestellten des Bergbaues zuständig sei.

Im Laufe der letzten Monate war denn auch bekannt geworden, daß in den Kreisen der Bergbauangestellten sich Bestrebungen zeigten, zu einer besseren geschlossenen Vertretung zu kommen. Mit diesen Fragen befaßt sich auch ein Artikel in den Verbandsorganen der vier freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände, der mit offizieller Billigung der Verbandsvorstände erscheint und darlegt, in welcher Weise in Zukunft die freigewerkschaftliche Organisation der Angestellten im Bergbau erfolgen soll. In Frage kommen: Bund der technischen Angestellten und Beamten, Deutscher Bergmeisterverband, Zentralverband der Angestellten und Deutscher Fördermaschinenverband. Einleitend heißt es in diesem Artikel, daß es auf dem ersten Afa-Kongreß am 2. und 3. Oktober in Düsseldorf auch gelungen sei, die Berbegebiete zwischen dem Deutschen Bergmeisterverband und dem Bund der technischen Angestellten und Beamten abzugrenzen durch folgendes Abkommen:

1. Alle Untertagesbeamten des Steinkohlenbergbaues, außerdem die Ubertagesbeamten, die Techniker sind, wie Ingenieure, Architekten, Konstrukteure, Chemotechniker, Zeichner, Chemiker, Bauingenieur, Vermessungsingenieur, Maschinisten und Gehilfen, Betriebsingenieure, Bau- und Maschinentechniker sowie Laboratoriumsangestellte gehören zum B u t a b. Die sonstigen Ubertagesbeamten, namentlich Bahnmmeister, Kofereffizienten, Elektriker und Maschinensteiger über und unter Tage sowie sämtliche Meistergruppen werden dem Deutschen Bergmeisterverband zugeteilt.

2. Im Braunkohlebergbau und Braunkohlesteinbau sollen fortan dem B u t a b zugezogen sein: die Betriebsführer, die Fahrsteiger und Steiger im Gruben- und Abraumbetriebe sowie die Ingenieure, Techniker, Zeichner usw. wie oben.

Für die Organisation der Steiger soll der Gesichtspunkt maßgebend sein, daß die Bezirke, die zum Deutschen Braunkohlen Syndikat gehören, Verbegebiete des B u t a b, diejenigen, die zu den beiden anderen Braunkohlensyndikaten gehören, also Köln und angrenzende Gebiete, Halle, Magdeburg, Anhalt, Vitterfeld, Meuselwitz, Borna und Süddeutschland, Verbegebiete des Deutschen Bergmeisterverbandes sind. Der Deutsche Bergmeisterverband ist zuständig für Betriebsführer in Bräunfabriken und Hütten sowie für die Elektrobetriebsführer und außerdem für Maschinenmeister, Schachmeister, Pressmeister, Aufseher und sämtliche Meister überhaupt.

3. Im Aaltbergbau gelten die Grundzüge wie unter Ziffer 1.

4. Im Erzbergbau gelten die Bestimmungen unter Ziffer 1 mit folgender Einschränkung: für den Siegerländischen Erzbergbau einschließlich demjenigen im Dill- und Lahntal sowie im Westerwald werden auch die Steiger dem Deutschen Bergmeisterverband überlassen.

5. Für den zurzeit im Betrieb stehenden Pechkohlenbergbau sowie Graphitbergbau bleibt es bei dem gegenwärtigen Zustande.

6. Der B u t a b erklärt, von nun an auf die Werbung der Bergmeister in allen Industriezweigen zu verzichten. Diefelbe Erklärung gibt der Deutsche Bergmeisterverband hinsichtlich der übrigen technischen Betriebsangestellten ab.

7. Diese Regelung gilt auch für die Organisation der Fachschüler an technischen Lehranstalten. Diese Grenzregelung bleibt ohne Wirkung auf den gegenwärtigen Bestand der beiden Verbände. Diefelben sind auch die Mitglieder berechtigt, ihre Mitgliedschaft fortzusetzen, auch wenn sie in Stellen einrücken, die nach dieser Verständigung zum anderen Verbands gehören. Diese Grenzregelung tritt spätestens am 1. November 1921 in Kraft.

Dieses Abkommen hat eine Vorgeschichte, die in dem erwähnten Artikel erörtert wird. Bis zum Zusammenbruch standen die Angestellten in der Montanindustrie dem gewerkschaftlichen Organisationsgedanken größtenteils entweder ablehnend oder verständnislos gegenüber. Als mit dem Zusammenbruch die alten Fesseln sich lösten, strömten sie den vorhandenen Organisationen daher ziemlich planlos zu. Diejenige Organisation, die in einem Revier zuerst die Werbung begann, machte dort festen Fuß. So sind die Dinge geworden.

Wie sich die Arbeit im Afa-Bund zukünftig nach Abgrenzung der Verbegebiete gestalten soll, darüber ist man sich im großen Rahmen schon vor Monaten klar geworden. Die Verbandsvorstände haben bereits früher eine Entschliessung angenommen, die folgenden Wortlaut hatte:

1. Von jeder der drei großen Organisationen ist ein vom Bergbau-Kammerkolleg, der in Berlin seinen Sitz hat, zu bestimmen. Diefelbe drei Kollegen bilden die Afa-Spitze Bergbau.

2. Die drei Vertreter der Afa-Spitze Bergbau arbeiten im engsten Einvernehmen mit ihren Verbandsvorständen und müssen zu wichtigen Beschlüssen deren Zustimmung einholen.

3. Die Afa-Spitze Bergbau hat die Sitzungen in den zentralen Stellen der Wirtschaftskörper (Kohle und Stahl) der Arbeitsgemeinschaft sowie in den mit ihnen zusammenhängenden Kommissionen (Stahlbauwesen und Lebensmittelbeschaffung) wahrzunehmen. Sie hat weiter die den Bergbau betreffenden Verhandlungen in den einzelnen Regierungsstellen zu führen. Ferner hat sie Anregungen zu geben, wie die gewerkschaftliche und sozialpolitische Arbeit im Bergbau gestaltet soll.

4. Die Afa-Spitze Bergbau gibt eine Korrespondenz heraus, welche den Verbänden zur Verwendung in ihren Zeitungen und außerdem den Bezugsvertrauensleuten zufließt wird.

5. Die Regelung der Afa-Arbeit in den Bezirken soll nach vorheriger Verständigung unter den einzelnen Verbänden auf der nächsten Afa-Bergbaulegung erfolgen.

Die unter Punkt 5 vorgezeichnete Verständigung unter den einzelnen Verbänden ist sofort nach dem Afa-Kongreß in Düsseldorf in die Wege geleitet worden. Die getroffenen Vereinbarungen bedürfen nur noch der Zustimmung der Vorstände. Schon in den nächsten Wochen finden die Verhandlungen statt, um die Unterlagen für die gemeinsame Arbeit zu schaffen und die geschlossene Front der Afa-Verbände zur einheitlichen Vertretung sämtlicher in Betracht kommenden Bergbaufragen zu ermöglichen.

Es geht aus diesem Artikel hervor, daß in der Zukunft im Bergbau die Angestellten, die sich freigewerkschaftlich organisieren wollen, auf den Afa-Bund hingewiesen werden müssen. Nachdem die Streitigkeiten über die Abgrenzung der Verbegebiete unter den in Frage kommenden Verbänden beseitigt sind, ist der Boden für eine gemeinsame Arbeit geebnet. Schon am Tage nachher, nachdem in Düsseldorf das Abkommen über die

Engerer Zusammenhalt im Afa-Bund.

Schon seit Jahren ist unser Verband bemüht, mit den Angestellten des Bergbaues zu einem erträglichen Verhältnis zu kommen, um den Kampf mit den Unternehmern gemeinsam führen zu können. Auch viele anderen Aufgaben im Bergbau lassen sich gemeinsam mit den Angestellten leichter lösen. Bis zum Antritte waren die Bestrebungen erfolglos; außer den wenigen im Steigerverband organisierten Steigern, die infolge der Unterdrückung durch die Bechenherren nicht in Betracht kamen, standen die anderen Angestellten unserer Verbände ablehnend gegenüber. Sie fühlten sich als die Vertreter der Unternehmerschaft, als die Feinde der Arbeiter. Wenn nicht die Revolution gekommen wäre, würde sich dieser Zustand kaum geändert haben. Durch die Revolution ist nun insoweit eine Wendung eingetreten, als viele Angestellte ihre Gesinnung geändert und sich in großer Zahl jenen Angestelltenverbänden angeschlossen haben, die sich auf freigewerkschaftlicher Grundlage betätigen.

Damit war der Boden für gemeinsame Arbeit geschaffen; wenigstens der gute Wille war auf beiden Seiten vorhanden. Es wurde auch versucht, gemeinsam zu arbeiten, aber leider war die Zersplitterung in den Kreisen der Angestellten zu groß

Abgrenzung der Werbegebiete getroffen worden war, hat man...

Auf dem demnächst stattfindenden Reichsbetriebsrätekongress...

Diese Abgrenzung der Werbegebiete zwischen Werkmittelverband...

Wenn eine starke gewerkschaftliche Anstellungsfähigkeit...

Sinnvoller Millionenbetrug.

Bei Niederschrift dieser Zeilen läuft der Betrugsprozess gegen die...

An dem abscheulichen Betrug sind nicht nur die Zechenverwaltungen...

Die schon einmal in unserer Zeitung gefagt wurde, lautete der...

Das Ergebnis der Zeugenvernehmung ist eigentlich schon im Vor...

Die betrügerische Verbuchung klang immer wieder in den...

Hier wollen wir einen ganz blumpen Kniff der Verteidigung...

Der Kamerad Graf beschuldigte die Zechenleiter, daß sie die...

Raumangel hindert uns, die Betrachtungen über den Verlauf des...

Die Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt a. M.

Die Kraft der Arbeiterbewegung ist nicht zum wenigsten ihr Trost...

Seit, nach drei Jahren, befindet sich in Frankfurt a. M., in den...

Das ist schon aus der Geschichte der Revolution heraus unwahr...

Unwahrscheinlich ist es ferner, wenn wir auf den Lehrkörper der...

Unmöglich aber wird schließlich die Vermutung von einer Univer...

Damit ist der Schlüssel zur Bedeutung der Akademie gegeben: Sie...

Was nun wollen die Besucher der Akademie? Was wollen die...

Dazu helfen Vorlesungen, die nacheinander Gesamtbilder des...

Die Gruppenarbeit tritt der Vorlesung gegenüber. Auch die...

Selbstverständlich hat sich das Bild von der Akademie, wie wir...

die weitere Arbeiterkraft teilnehmen zu lassen an dem Einbringen...

Aus der Tarifvertragspraxis.

Der Bergmann R. von Seide Wienbachsbank klagte gegen...

Kläger hatte von Beginn der Rindergelbzahlung auf Grund vor...

Das Gericht setzte sich über das Gesetz hinweg und wies die Klage...

Zur Frage der Arbeitszeit im Kohlenbergbau.

Von einem Bismarckianer wird uns folgendes geschrieben:...

Und wie ist das Bild heute? Widerspruchlos duldet man seitens...

So sehr wir Bergarbeiter eine Besserstellung wünschen, scheint...

Kameraden! Wir haben laut Tarif die Streikunfähigkeit...

Gibt eine Diktung denjenigen, welche mit den Bestreitungen...

Von den Betriebsräten.

Der Betriebsrat der Zeche Schögel und Eisen III hatte am...

Der Betriebsrat glaubt den Einwand der Möglichkeit der Ver...

der Betriebsversammlung, meist dauernd regge gehalten wird.

Was zuerst wird zugegeben, daß es angenehmer wäre, sitzen zu können, dann aber kommt der Vergleich mit der früheren Militärdienstzeit. Ja, wenn wir so eingeteilt werden sollten, wäre es ja an der Zeit, daß jeder Ordinalste eine Wehrgewehrbesitzer sein sollte...

Sind die Versammlungsräume oder Klublokale, in denen Sie oder Herren Ihrer Umgebung Sitzungen oder Versammlungen abhalten, auch ohne Sitzgelegenheiten? Oder sind dort nicht bequeme Stühle und Klubsessel vorhanden?

Uns Arbeitern zeigt dieser Fall recht deutlich, wie man in jenen Kreisen denkt, und muß es wohl doch dem letzten Arbeiter klar werden, daß wir diesen Herren nur entgegenzutreten können, wenn wir eine einigte und geschlossene Front bilden.

A. Gubzant (Berlin).

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Große Wirtschaftskrise im Saargebiet.

Das Saargebiet ist eines der unglücklichsten Opfer des Versailler Vertrags. Für 15 Jahre ist es vom deutschen Mutterlande demontiert worden. Die Verwaltung ist getrennt und unter dem Schutz des Völkerbundes gestellt. Eine Regierungskommission soll ihn vertreten...

Table with 4 columns: Item, September, October, and a fourth column. Rows include Zettelfüllkohlen, gewasch. Kohlen Ruß 1, and gewasch. Kohlen Ruß 2.

Sichtlich der Preisfestlegung für Saarkohlen beim Export nach anderen Ländern wird mitgeteilt, daß die ermäßigten Preisforderungen für Oktober wie folgt lauten:

Table with 6 columns: Item, Nord, Stamm I, Stamm II, Süd, Stamm I, Stamm II. Rows include Grob gestößt, Ruß I, Ruß II, and Gaskette.

Der Preis für den franz. Frank gleich 9,00 Mk. Dementsprechend kosten nun die billigsten Saarkohlen im Fördergebiet selbst noch über 900 Mk. pro Tonne, die minderwertigste Exportkohle stellt sich auf über 500 Mk. pro Tonne...

Steigende Kohlenförderung in Deutschland.

Wenn ein Landesfremder den ungeheuerlichen Fall der deutschen Reichsmacht betrachtet, kann er leicht zu der Ansicht kommen, diese Selbstentwertung entzweige der deutschen Arbeitskraft. Tatsächlich aber verzeichnet Deutschland steigende Produktionsziffern. So betrug in den ersten acht Monaten 1921 die Förderung (in Klammern sind die Fördermengen von 1920 gleichzeitig beigefügt) an Steinkohlen: 88 394 744 (in der gleichen Zeit des Vorjahres 84 187 261) Tonnen...

Besserung in der Rastindustrie.

Nach Mitteilungen des Rast Syndikats hat sich im August der Gesamtabsatz auf eine Mill. Doppelzentner erhoben, wovon 161 700 auf das Ausland entfielen. Damit ist der Augustabsatz um über 410 000 Doppelzentner höher als der Vormonatliche und 200 000 Doppelzentner höher als der vorjährige Augustabsatz.

Ueber die Gewinne der Rastwerke.

finden wir im esaff-Lothringischen „Bergarbeiter“ sehr beherzigenswerte Angaben. Bekanntlich sind die oberelsässischen Rastwerke (17 Schächte, wovon 13 in Förderung standen) an Frankreich gefallen und von dessen Regierung unter Zwangsverwaltung gestellt worden...

Die Höhe der deutschen Wertgewinne.

veranlaßt das Ausland zu dem Schluß, die Behauptungen von der Zahlungsunfähigkeit Deutschlands seien nicht ernst zu nehmen. Der Schluß ist folgender: Aber tatsächlich vollzieht sich in Deutschland eine Ansammlung von Kapitalmacht in wenigen Händen...

An diesem Beispiel erkennt man wieder, daß man den Erklärungen der Wertbesitzer über „hohe Selbstkosten“, „schlechte Preise“ usw. sehr mißtrauisch gegenüber treten muß. Ist es volkswirtschaftlich notwendig, daß solche Wertgewinne gemacht werden?...

Aus den Unternehmerverbänden.

Ein Syndikat der Salzwerke.

ist in Vorbereitung. Eine erhebliche Anzahl von Werken hat sich in Vorbehalt zu einer Art Vorkonkordat vereinigt, das im besten vorerst rein organisatorische Bedeutung hat und keinerlei Preisfestsetzungen vorsteht. Das Syndikat soll endgültig erst dann in Wirklichkeit treten, wenn es gelingt, die bisher noch ausstehenden Werke lückenlos zum Beitritt zu veranlassen...

Gelebegebung und Verwaltung.

Endlose Hindernisse mit dem Berggewerbegezierten.

Noch immer gibt es Berggewerbegezierten, die in dem Gewerkschaftsangelegenheiten geschäftsmäßigen Mundanwaltschaften erbilden. Die Gewerkschaftsangelegenheiten werden deshalb von dem Vorstehenden als Vertreter klagen oder angeklagter Bergarbeiter abgewiesen. Unter geschäftsmäßiger Mundanwaltschaft versteht der normale Mensch einen geschäftsmäßigen Vertreter, der die Sache geschäftsmäßig betreibt...

Ein besonders ruhmrediger Schein hat die Spruchkammer Essen III und West-Redlinghausen erworben zu wollen. Dort kann man aus der alldeutschen Wärenaus nicht heraus und entscheidet über Zulassung von gewerkschaftlich besetzten Angestellten als Vertreter nach eigenem Gutdünken.

Die von uns angeordnete Untersuchung hat ergeben, daß sowohl bei der Spruchkammer Essen III als auch bei der Spruchkammer West-Redlinghausen in beiden Fällen die Parteien zugunsten der Arbeitgeber entschieden. Eine Zurückweisung ist nur dann erfolgt, wenn die Vertretung geschäftsmäßig betrieben wurde.

Bedenken erfolgen, als der Kläger Simmel dem Vorstehenden als durchaus redigend bekannt war.

Zunächst muß gesagt werden, daß das Besahren Surkamp's freit erfunden ist. Surkamp hat lebhaft zugegeben, daß er schon einmal einen klagenenden Bergarbeiter vertreten habe. Die in Frage kommenden Bergarbeiter und das Oberbergamt stehen also auf dem Standpunkt, daß der in dem Wort „berufsmäßig“ liegende Sinn schon dann gegeben ist, wenn ein Gewerkschaftsangelegter mehr als einmal die Vertretung übernimmt.

Am 8. September fand wieder eine Verhandlung bei der Spruchkammer West-Redlinghausen statt, in welcher der Kamerad Surkamp wieder zugeben mußte, daß er schon einmal einen klagenenden Bergmann vertreten habe, wurde er wiederum abgewiesen, und da die Klagenenden nicht selbst erschienen sind, wurde gegen diese ein Verdamnisurteil gefällt. (Auf eine Beschwerde hin wurde dieses Urteil nachträglich aufgehoben.) Es fragt sich nun, wie ein Berggewerbegezierten vorzugehen kommt, aus rein wirtschaftlicher Annahme heraus, eine „geschäftsmäßige“ Vertretung zu konstituieren und den Vertreter abzulehnen.

Internationale Rundschau.

Konflikt im Internationalen Arbeitsamt?

Nach einer Mitteilung im „Volk“ (Amsterdam) ist in der Frage der Delegation Hollands zum Internationalen Arbeitsamt in Genf ein Konflikt eingetreten, der erste Folgen haben kann. Der § 389 des Versailler Vertrages schreibt vor, daß die Nicht-Regierungs-Delegierten (je ein Vertreter der Unternehmer und der Arbeiter) der betr. Länder von deren Regierung, im Einvernehmen mit den hervorragendsten Berufsorganisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zu bestimmen sind.

30 Jahre „Glück auf“

Unser Bruderblatt, der „Glück auf“ in Turn-Zepitz, steht in diesem Jahre auf ein 30jähriges Bestehen zurück. Seine Parole war und ist: fester Kampf gegen die Ausbeuter, für die Arbeiterrechte. Als Publikationsorgan zunächst der lokalen bergmännischen Fachvereine, dann der Bergarbeiter-Union Oesterreichs, seit der Teilung Oesterreich-Ungarns der „Union der Bergarbeiter“ in der Tschechoslowakei, hat unser Bruderblatt eine große Kulturarbeit geleistet.

Sitzung des Internationalen Bergarbeiterkomitees in Wien.

Am 4. und 5. Oktober tagte in der Kammer für Arbeiter und Angestellte in Wien das Internationale Bergarbeiter-Komitee. Die Komiteesitzung war sehr stark besucht, da außer den Amerikanern, Polen und Holländern sämtliche dem Internationalen Bergarbeiterbund angeschlossenen Landesorganisationen Vertreter entsandt hatten. Die polnische Organisation hatte sich entschuldigt. Ein in Polen ausgebrochener Streik hinderte ihre Vertreter am Erscheinen.

Die Komitee-Sitzung beschäftigte sich besonders mit den Veränderungen der Verhältnisse in der Bergwerkinindustrie der einzelnen angeschlossenen Länder seit der letzten Komitee-Sitzung. Aus den Berichten der verschiedenen Landesorganisationen ging unzweifelhaft hervor, daß, je schlechter die Situation der besiegten Länder wird, desto mehr auch die Arbeiter in den Siegerstaaten unter der Konkurrenz, die mit billigen Waren diese Länder überschüttet, zu leiden haben.

Von der belgischen Delegation wurde berichtet, daß eine Lohnherabsetzung von 5 Prozent festgefunden hat, in Frankreich von 15 bis 25 Prozent. Diese erfolgte, da die Lebensmittelpreise gesunken waren, doch heute sind auch diese wieder gestiegen, die Lohnrückführung blieb aber.

Der ungarische Delegierte konnte berichten, daß die Lebensmittelpreise dort um 50 Prozent gefallen sind. Die ungarische Bergarbeiterorganisation hat sich wieder gekündigt, obwohl die Verfolgungen unter der dortigen Regierung noch nicht aufgehört haben. In Ungarn wird die Bergarbeiterorganisation noch mit Lebensmitteln zu ermäßigten Preisen beliefert und wird deshalb dort nicht über Mangel oder Verteuerung der Lebensmittel geklagt.

Aus dem Bericht des Delegierten von Jugoslawien ging hervor, daß durch kommunistische Gehe die dortige Bergarbeiterorganisation, die im vorigen Jahre noch 18 000 Mitglieder zählte, zermürdet wurde, so daß heute von 28 500 Bergleuten nur 5000 organisiert sind, davon 1226 im freien Bergarbeiter-Verband und der Rest in den verschiedenen anderen Organisationen. Die Kommunisten haben es dort fertig gebracht, die starke Organisation zu zerrüttern, doch wie überall, ist es ihnen nicht gelungen, etwas Neues zu schaffen, sondern von der ganzen Zersplitterungsaktion hat das dortige Unternehmertum den Nutzen und die Lust am Bergarbeiter, die sich dazu verleiten ließen, aufgehört durchkommunistische Vorstöße, ihrer Organisation den Rücken zu kehren.

Von dem Vertreter der deutsch-österreichischen Organisation wurde berichtet, daß in Oesterreich kaum noch von einer Arbeiterorganisation die Rede sein kann. Wenn die Einfuhr zu weiter gehen, wie bisher, kommt es wohl dort baldigst zur Niederlegung der Braunkohlenwerke, da sie

mit dem Auslande nicht konkurrieren können. Die Unternehmer fordern dort Staatsrechte, um weiter ihre Werke aufrecht erhalten zu können.

Die deutschen Delegierten schilderten die Verhältnisse in unserem Lande und wiesen darauf hin, daß durch den Verfall der Friedensverträge und die dadurch bewirkte Zahlung der Reparationskosten die Suche nach fremden Devisen immer mehr überhand nehme.

Diese Kommissionsabteilung hat die Bergarbeiter aller Länder noch näher wie bisher gebracht und sieht zu hoffen, daß die Regierungen auf diese Stimme hören werden, daß endlich auf dem Weltmarkt Verhältnisse eintreten, die zur Gesundung des europäischen Arbeitsmarktes führen.

Zentralisierung der britischen Gewerkschaften.

Wie wir in Nr. 40 dieser Zeitung mitteilten, beschäftigte sich der Allgemeine britische Gewerkschaftsverband in Cardiff mit der längst sprudelnde Frage einer strikteren Zentralisierung der Gewerkschaften. Das seit 1871 bestehende „Parlamentarische Komitee“ entsprach längst nicht mehr den Zeitbedürfnissen.

Knappschäftliches.

Erhöhung der Feuerungszulagen für Invaliden und Witwen.

Durch die andauernden Preissteigerungen der Lebensmittel und der übrigen Bedarfsartikel sind die Arbeiter und Beamten in eine bedauernde Lage geraten. Über noch schlimmer ist die Lage für die alten Invaliden und Witwen, welche nicht mehr arbeiten können und von der kärglichen Rente leben müssen.

Der Verbandsvorstand und die Verbandsältesten sind während des Krieges und auch jetzt noch bemüht, deren Lage durch Erhöhung der Renten zu verbessern. Im Monat August haben die Verbandsältesten im Allgemeinen Knappschäftsverein beantragt, die Feuerungszulage für Invaliden, Witwen und Waisen zu verdoppeln.

Für Invaliden von 42 M. auf 70 M., für Witwen von 31,50 M. auf 50 M., für Waisen von 100 Prozent.

Diese Erhöhung wird vom 1. Oktober ab gezahlt. Außerdem ist die Einkommensgrenze für Invaliden von 300 M. auf 400 M., für Witwen von 200 M. auf 300 M. erhöht worden.

Diese Erhöhung reicht lange nicht aus, um die Armen vor der äußersten Not zu schützen. Die Regierung hat auch eine Erhöhung sämtlicher Renten in Aussicht gestellt; offensichtlich wird das Versprechen recht bald eingehalten, damit die Armen der Armen aus ihrer bedrängten Lage befreit werden.

Bezüglich Erhöhung des Krankengeldes ist uns mitgeteilt, daß auf unser Drängen von Seiten der Regierung eine Kommission eingesetzt ist, welche die Vorarbeiten und Vorarbeiten zur Erhöhung des Grundlohnes vornehmen soll. Unser aller Förderung, den wirklichen Arbeitsbedürfnissen als Grundlohn festzusetzen, wird hoffentlich verwirklicht.

Im Interesse der Kranken Kameraden ist es von großer Wichtigkeit, daß die Kommission schnell arbeitet, damit das Krankengeld recht bald erhöht wird.

Erhöhte Unterstützungssätze im linksrhein. Braunkohlebezirk.

Der Bergarbeiterverband unterbreitete dem Interessentenverein für das linksrheinische Braunkohlegebiet durch seine Knappschäftsstellen den Antrag, die im Brühler Knappschäftsverein bestehenden Unterstützungssätze für Invaliden, Witwen und Waisen aus Mitteln der Arbeitgeber um 100 Prozent zu erhöhen. Laut Beschluß des Interessentenvereins vom 6. Oktober 1921 ist dieser Antrag stattgegeben worden.

I. Es ist beschlossen, aus dem Rheinischen Braunkohlenbezirk zur Verfügung zu stehenden Mitteln folgende freiwillige Beiträge an bedürftige Invaliden, Witwen und Waisen der dem Brühler Knappschäftsverein angeschlossenen rheinischen Braunkohlewerke zu gewähren:

1. Die bisherigen fortlaufend monatlich gezahlten Feuerungszulagen werden für Invaliden von 40 M. auf 84 M., für Witwen von 20 M. auf 63 M. erhöht. Ferner wird für Vollwaisen und Halbwaisen eine fortlaufende monatliche Feuerungszulage von 20 M., ebenfalls mit Wirkung vom 1. Oktober ab, gezahlt.

2. Außerdem gelangt eine einmalige Feuerungszulage zur sofortigen Auszahlung an alle bedürftigen, verheirateten Invaliden von 400 M., an unverheiratete Invaliden von 300 M., an Witwen von 300 M., an Vollwaisen von 200 M., an Halbwaisen 100 M.

3. Die Beurteilung der Bedürftigkeitsfrage soll sowohl für die einmalige als auch für die fortlaufende Feuerungszulage in weitestgehender Weise erfolgen.

II. Es wird beschlossen, ebenfalls aus dem Rheinischen Braunkohlenbezirk zur Verfügung zu stehenden Mitteln den bedürftigen Invaliden, Witwen und Waisen der Werke Luederberg, Zukunft und Düren, die nicht dem Brühler Knappschäftsverein, sondern dem Stolberger Knappschäftsverein angeschlossenen sind die gleichen unter I. aufgeführten fortlaufenden Feuerungszulagen mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 ab, sowie die gleiche einmalige Feuerungszulage zu gewähren. Die erforderlichen Beträge werden durch Vermittlung des Vereins für die Interessen der linksrheinischen Braunkohleindustrie Köln dem Stolberger Knappschäftsverein in Köln durch das Syndikat zu überweisen.

Ferner haben unsere Knappschäftsstellen eine Anzahl Anträge dem Brühler Knappschäftsverein unterbreitet, wovon noch in nächster Zeit Verhandlungen stattfinden werden.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Kommunikativ-hyndikalische „Rechenklücker“.

In Nr. 40 des „Schilderers“ macht der ehemalige Verbandsangehörige Johann Spaniol seiner Verärgерung wie folgt Luft:

Die Zentralverbände des Ruhrgebietes haben in der Arbeitsgemeinschaft — Zentralverbände, Unternehmerverbände und Reichsregierung — den Grubenbesitzern eine ungeheure Lohnerrhöhung bewilligt, indem sie dem schaffenden Hauke den unerschöpflichen Brennstoff, die Kohle, um 21 Mark die Tonne verteuert haben. Nach der Fördererzeit August 1921 beträgt die Jahresfördererzeit des Ruhrgebietes 96 816 780 T. Die Preissteigerung beträgt somit fürs Ruhrgebiet 2 033 152 350 M. Daraus sind 549 400 Arbeiter im Ruhrgebiet tätig. Einjähriglich der jugendlichen Bergarbeiter beträgt die Lohnzulage 9 M., die Feuerungszulage der Gesamtbevölkerung 1 433 350 000 M. Die Grubenbesitzer haben somit eine Profiterhöhung von jährlich 650 772 350 M. erzielt.

Wir bezweifeln durchaus nicht, daß die Werksbesitzer auf ihre Rechnung kommen, aber wie es Spanien hier darstellt, ist es nun doch nicht. Zunächst hat die Arbeitsgemeinschaft mit der Kohlenpreiserhöhung nichts zu tun, das ist Sache des Ruhrgebietes, der sich zusammensetzt aus Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeiter, der Verbraucher, des Handels, der Länder, der Genossenschaften usw. In der „Bergarbeiter-Zg.“ sowohl wie in unseren Jahrbüchern haben wir hierüber Abhandlungen veröffentlicht, das Kohlenwirtschaftsgesetz ist jedermann zugänglich, aber Spanien weiß von nichts. Dieser Selbstverwaltungsrat hat der Kohlenpreiserhöhung einstimmig zugestimmt, also auch die Vertreter der Verbraucher, des Handels, der Länder, der Genossenschaften usw. Warum wohl? Sind das alles Kapitalisten oder Dummköpfe?

Falsch ist auch die Rechnung Spaniol's. Die August-Fördererzeit betrug arbeitstätig etwa 801 300 T. Davon gemessen beträgt die Jahresförderung bei 300 Arbeitstagen 30 390 000 und nicht 96 816 780 T., wie Spaniol rechnet. Spaniol überreicht auch, daß nicht die ganze Jahresförderung verkauft wird, sondern daß davon der Lebensstoffverbrauch abgeht, welcher etwa 12 Prozent beträgt. Das sind 10 846 800 T. Es bleiben somit für den Verkauf 79 543 200 und nicht 96 816 780 T., wie Spaniol rechnet. Die jährliche Preissteigerung beträgt mithin auch nicht 2 033 152 350 M., wie Spaniol rechnet, sondern nur 1 670 407 200 M., mithin 362 745 150 M. weniger. Die durchschnittliche Lohnzulage beträgt auch nicht 9, sondern 10 M. pro Schicht. Das macht bei 549 400 Arbeitern und 300 Schichten jährlich nicht 1 433 350 000 M., wie Spaniol rechnet, sondern 1 648 200 000 M., mithin 164 850 000 M. mehr. Die jährliche Preissteigerung berechnet Spaniol also um 362 745 150 M. zu hoch, die jährliche Lohnerrhöhung um 164 850 000 M. zu niedrig. Er berechnet sich mithin um die Kleinigkeit von 687 565 150 M. und kommt darauf fußend zu dem Ergebnis, die Werksbesitzer hätten eine Profiterhöhung von jährlich 687 565 150 M. erhalten. Das über die Lohnerrhöhung hinaus auch erhöhte Material- und Gestaltkosten entstehen, übersteht er völlig. Hat es da einen Zweck, sich mit einem solchen „Rechenklücker“ überhaupt ernsthaft zu beschäftigen? Der Mann ist ja nur im kommunikativ-hyndikalischen Lager gefangen, weil er sonst nirgends mehr ernst genommen wird. Auf seine sonstigen Selbstereien einzugehen, ist daher auch völlig überflüssig. Als Kuriosum sei nur noch erwähnt, daß er den Fortfall der Ueberhörsichten, der von den Arbeitern gefordert wurde, als Lohnabbau ansieht.

Nach einfacher macht es sich ein „Rechenklücker“ in Nr. 36 der „Union“. Weil der Lothringer Güter- und Bergwerksverein seinen Reingewinn von 8 063 047 auf 17 485 022 M. erhöht hat und die Salpeter- und Stahlwerke, der Georgs-Marien-Bergwerks- und Hüttenverein und das Kalbener Eisenerzwerk E. Mannstadt & Co. dem Werks-erhaltungsfonds zusammen 15 Millionen Mark überwiesen haben, kommt er zu dem Schluß, daß eine Lohnerrhöhung von 12 M. pro Schicht ab 1. August ohne Kohlenpreiserhöhung gewährt werden konnte. Höher geht's nimmer. Wir wissen sehr gut, daß die Werksbesitzer alles daran setzen, um auf ihre Kosten zu kommen. Aber mit solchen Rechenklücker ist ihnen nicht beizukommen, damit machen sich die kommunikativ-hyndikalischen „Rechenklücker“ nur lächerlich. Arme Arbeiter, denen eine solche geistige Kost vorgesetzt werden darf! Das rabulose Geschrei dieser Arbeiter in den Versammlungen ist nur der äußere Ausdruck der inneren Hilflosigkeit.

Kartoffelpreise und Belieferung der Bergarbeiter.

Die steigende Erregung über die in der letzten Kartoffelpreise Erregung und täglich ummengen von Zuschüssen ein, unter welchen sich viele Resolutionen aus Mitglieder- und Belegschaftsversammlungen befinden. Raummangel verbietet uns die Veröffentlichung auch nur der wesentlichen dieser Zuschriften. Das eine müssen wir aber der Reichsregierung sagen, daß der Kon, welcher aus den Resolutionen und Zuschriften hervorgeht, sehr erbittert und ernst ist. Wir raten der Reichsregierung der steigenden Erregung die größte Beachtung zu widmen und Vorbeugungsmaßnahmen zu treffen, da sonst ernste Konflikte unausweichlich sind. Was sie zu tun hat, ist bereits in der Eingabe des Verbandsvorstandes an den Reichskanzler gesagt.

Mit der Kartoffelfrage hat sich auch die am 11. und 12. Oktober in Berlin tagende Konferenz des Gesamtvorstandes und der Bezirksleiter unseres Verbandes beschäftigt. Folgende Entschickung wurde einstimmig angenommen:

Durch den unerhörten Mangel an dem Kartoffelmarkt ist die Versorgung der Industriehändler mit Kartoffeln in Frage gestellt. Die verlangten hohen Preise sind durch die Erhaltungskosten in keiner Weise begründet. Die Erbitterung der Arbeiter, insbesondere der Bergarbeiter, bei denen die Einkaufskosten von Kartoffeln für den Winter üblich ist, steigt von Tag zu Tag. Die Erbitterung ist um so größer, da infolge der hohen Preise für Gemüse — wie Weizelöl, Schnittbohnen usw. — auch hier eine Einbeziehung für den Winter unterblieb. Wird hier nicht Abhilfe geschaffen, sind größere Unruhen zu befürchten. Infolge Waggomangel wird die Belieferung der Industriewerke mit Kartoffeln erschwert und dadurch der Mangel begünstigt. In dem die Reichsregierung auf die schweren Gefahren aufmerksam gemacht wird, eruchen die Konferenzteilnehmer dringend, dem Kartoffelmangel mit allen Mitteln entgegenzuwirken. Wird dem Mangel nicht Einhalt geboten, sind die Folgen unabsehbar und fällt die Verantwortung dafür auf die Regierung.

Ausstellung für Bergmannswohnstätten in Bochum.

Die Treuhänderstelle für Bergmannswohnungen in Essen hat in Gemeinschaft mit der Bergmannswohnung Bochum im nördlichen Stadtteil in einer größeren Bauart von einer Württembergischen Firma bauen lassen und in diesen Wohnungen eine Ausstellung von Möbeln veranstaltet. Die Wohnungen sind mit den Kleinwohnungsmodellen richtig ausmöglicht, so daß der Besucher sich den richtigen Eindruck von ihrer Wirkung in den beschriebenen Räumen einer Bergmannswohnung machen kann. Ein paar Hochmeyer Firmen stellen aus, das Hauptstück aber bilden die Möbel der württembergischen Fabrik und der Gemeinnützigen deutschen Hausatwerke, die sich aus den Kriegsbetrieben des Reiches entwickelt haben. Der Besuch der Ausstellung ist sehr lohnend, und die zahlreichen Besucher, auch aus den Kreisen der Arbeiter, recht befriedigt. Es ist da zu sehen, daß man mit verhältnismäßig geringem Mehraufwand zwar einfache, aber solide und dauerhafte, und vor allem sehr geschmackvolle Möbel beschaffen kann, die die Schönheit und Gemütlichkeit des Arbeiterheims bedeutend zu erhöhen geeignet sind. Die Arbeiterfrau, oder die Arbeiterin, die ihre Ausstattung zusammensetzt, war im Geschäft sehr konservativ, d. h. sie hing am alten, am gewohnten. So, wie es im elterlichen Hause war, wie es die Freundin hatte, so mußte es auch bei ihr sein. Kein Wunder; denn niemand hat sich Mühe gegeben, ihnen Beschmaß zu bilden und ihr zu einem selbständigen Urteil zu verhelfen. Die schönen Möbel, die sie in den Schaufenstern der eleganten Geschäfte aufwachte, gingen über den schmalen Geldbeutel hinaus. Und so hatten sich die Möbelhändler und Abzählungsgeschäfte darauf eingerichtet, immer dieselben, oft recht geschmacklosen, mitunter auch unpraktischen Stücke zu liefern, und man mußte annehmen, wenn die Ausstattung wenigstens solide gebaut war und ein Menschenalter dorthielt. Erst seit einigen Jahren, auch schon vor dem Kriege, gab man sich an einigen Stellen Mühe, hier besser einzugreifen und das allgemeine Kulturstreben der Arbeiterschaft auch auf dies Gebiet zu lenken. Hier sind aber die wirtschaftlichen Widerstände recht groß, eben weil der Arbeiter in der Regel auf das Abzählungsgeschäft angewiesen ist, und dieses in seiner reinen Erwerbsteilendens Kulturfragen kaum zugänglich ist.

Da es nun im Kriege eine hoffnungsvolle Lösung ausgetaucht, in der Form des kommunalen, gemeinnützigen Möbelverkehrs. Viele dieser Einrichtungen sind inzwischen schon wieder beschwunden, aber einige, wie z. B. die gemeinnützige Möbelstelle des Landkreises Bochum, haben sich gut entwickelt und Segen gestiftet. Nach deren Erfahrung sollte weiter gearbeitet werden. Dabei ist der springende Punkt, daß der beim Abzählungsgeschäft nötige Kredit nicht privat, sondern von kommunaler Seite gewährt wird, womit die sonst fast unüberwindliche Verwässerung und Schädigung der Arbeitnehmer aufhört.

Nur, wenn auf solchen Wege den Arbeitern die Beschaffung der guten, geschmackvollen Kleinwohnungsmodellen ermöglicht wird, kann von ihnen die erhoffte Kulturwirkung ausgehen und es wird daher reize Sorge der Arbeitervertreter in den Gemeinden und Kreisen sein müssen, solche Stellen für gemeinnützigen Kredit zu schaffen. Wer sich darüber näher unterrichten will, kann von der Verbandsleitung Auskunft erbiten.

Der Bergarbeiter-Zeitungskalender für 1922.

Wie jedes Jahr hat der Verband auch für 1922 einen Kalender in der Leber herausgegeben, über den ein Wortlein im voraus zu sprechen wohl genügt werden darf, denn wir glauben, daß er ungleichlich auszuzeichnen ist. Dem üblichen Kalenderium schließt er ein wertvoller Kalender an, der die wichtigsten Ereignisse des Jahres in einer verständlichen Weise darstellt. Der Kalender ist in zwei Ausgaben erschienen, eine für die Mitglieder und eine für die Freunde des Verbandes. Der Preis für Mitglieder 6 M., für Freunde 7 M., im Buchhandel 12 M.

republikanischer Hymne „Gebärdnis“, der ein Aufsatz historischer Natur („Vom Grubenbesitzer zum Lohnknecht“) folgt. Otto Güe streift in dieser innerlich geschlossenen Studie über die Entwicklung der Bergarbeiterstellung innerhalb des Bergbaues einen Zeitraum von einigen Jahrhunderten, um die mäßliche Herausdringung des Eigenheimers in die Rolle des für Aktionäre arbeitenden Lohnarbeiters darzutun. Alfred Schimm schreibt in leichtverständlicher Weise über das Wesen der „Zechn“, F. D. über das „Neue Jugendsleben in Deutschland“, Georg Wichmann als guter Schenker über den „Kussbau der Sozialversicherung“, und schließlich Fritz Waldheer über den Ruhrbergbau in den letzten 50 Jahren. Weiter werden unter der Rubrik „Die Kohlenwelt in Zahlen“ ausführliche Mitteilungen über die Kohlenproduktion Deutschlands und die der Welt gemacht, ferner zahlenmäßig das Wachstum unserer Organisation dargestellt. Einige Winke für Betriebsräte“ und kurze Ausführungen über die sozialen Baubetriebe“ sind nicht zu verfehlen. Auch sind in dem Kalender das Reichsurlaubsabkommen, ferner Ausprüche und Bittate von Marx, Lafalle, Plato, Plutarz, Heinrich Heine usw. abgedruckt. Zwischen dem Ganzen stehen Gedichte von Kurt Klüber (Aus den Gefängen eines Bergmannes), von Schönlank, Fr. Osterroth und Ralnowski. Selbstverständlich fehlen auch die Adressen aus dem Gewerkschaftsleben nicht, ebenso nicht Postkäse, Wegemache usw. Zahlreiche Leere Blätter am Schluß geben Raum für reichste Gebanensfülle, die sich mittels Bleistiftvermittlung niederlassen will.

Kameraden! Bestellt rechtzeitig unsern Taschenkalender, damit sich die Druckerei auf neue Auflagen einstellen kann. Der Preis des Kalenders beträgt 7,50 M.

Anwerbungen nach Rumänien.

Reichs- und Staatskommissar Wehlich in Dortmund teilt mit: Wie ich erfahre, wird gegenwärtig wieder versucht, Bergarbeiter nach Rumänien anzuwerben. Bergleute, die früher dorthin in Verdingung Gehör schenken und wieder zurückgekehrt sind, mußten die bittere Wahrnehmung machen, daß die versprochenen Leistungen nicht erfüllt wurden. Die Unterkunft entsprach in keiner Weise den Ansprüchen, die deutsche Arbeiter zu stellen gewohnt sind. Außerdem ließ die Behandlung sehr viel zu wünschen übrig, zumal der Aufenthalt in Rumänien noch sehr groß ist. Es kann daher nicht dringend genug abgeraten werden, nach Rumänien zu gehen. Außerdem muß darauf hingewiesen werden, daß verheirateten Arbeitern Paß und Sichtvermerk auf Grund einer Anordnung des Reichsministeriums des Innern solange verweigert wird, bis eine Beschäftigung beigebracht ist, aus der hervorgeht, daß die Familie mitüberführt oder die hiesige Wohnung geräumt ist. Da die Wohnungsbeschaffung in Rumänien auf noch größere Schwierigkeiten stößt als in Deutschland, und die Weitererlangung einer Wohnung nach der Rückkehr schwierig sein wird, muß mit Obdachlosigkeit gerechnet werden. Daher sollte sich jeder Bergmann reiflich überlegen, ob er im gegenwärtigen Augenblick gegenüber seiner Familie die schwere Verantwortung übernehmen kann, nach Rumänien überzusiedeln.

Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Ein Jubiläum.

Am 8. Oktober feierte der Wittbegründer des Verbandes in der Niederlausitz, der Kamerad Emil Fohl von der Jahnhalle Senftenberg II mit seiner Gattin das seltene Fest der goldenen Hochzeit. Dieses Jubelpaar steht in seiner Verbandskreuz als leuchtendes Beispiel für Jung und Alt da. Als der Verband in der Niederlausitz mit seiner Tätigkeit einsetzte, war es der Kamerad Emil Fohl, der all die Drangesalten eines Verbandsfunktionärs auf sich nahm. Gemahregelt, wanderte er mit seinem Hauskoffer von Ort zu Ort, um seine Familie zu erhalten. Unter den Schikanierungen der Unternehmer sah er die neuen Mitglieder dem Verbands wieder unterzu werden. Er blieb treu und unerschütterlich in seinem Streben für den Verband. Als die Organisation erstärkte und die Anstellung von Funktionären erforderlich wurde, glaubten die Unternehmer und das Bürgertum, sie könnten das Wachstum des Verbandes aufhalten, wenn sie diesen Personen die Wohnmöglichkeit nehmen. M. machte ihre Pläne zunichten, indem er solche Kameraden in seinem Hause, das er sich mühselig erworben hatte, aufnahm. Alle Schwierigkeiten und Verfolgungen half ihm seine treue Gattin tragen: Wer kennt von den Verbandskameraden in Senftenberg und Umgebung nicht unseren alten Emil, wie er schlichtweg in Kameradentönen genannt wird? In keiner Mitgleiderversammlung fehlt dieser 78jährige Kamerad.

Seine Tätigkeit ist nicht erfolglos geblieben. Der Verband ist allen Feinden um Trach stark geworden und müstert im Bezirk „Niederlausitz“ 35 000 Mitglieder in 100 Verwaltungsteilen. Nicht mehr heimatlos hat sich der Verbands in Senftenberg ein Grundstück geschaffen, wo die Verbandsarbeiten allen Feinden zum Verger ungehindert erledigt werden können. Wie leuchten die Augen unseres Alten, wenn die jegliche Stärke erwähnt wird und er von der alten Zeit erzählt, in dem Bewußtsein: „Es war nicht umsonst!“

Die Verbandskameraden des Bezirks Senftenberg wünschen dem Jubelpaar, daß es noch lange Jahre bei voller Gesundheit an dem Kampfe der Arbeiterklasse um Befreiung teilnehmen kann. Die Bezirksleitung Senftenberg.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 43. Woche vom 16. bis 22. Oktober 1921 fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Bücherrevisionen.

Dreves. Vom 28. Oktober bis 5. November.

Karl. Vom 23. bis 30. Oktober.

Adressenänderungen.

Hals. Der Kassierer Friedr. Ehrenla wohnt Triftstraße 4. Dortselbst wird auch das Krankengeld ausgezahlt.

Caschenkalender für Bergarbeiter 1922. Preis: Für Mitglieder 7,50 Mark, im Buchhandel 10,00 Mark. H. Hansmann & Co., Bochum.

Die Bergarbeiter. (Von Otto Hue) Preis 30 Mark für Mitglieder. Bezug von M. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauserstr.

Das Protokoll der 23. Generalversammlung ist erschienen. Bestellungen auf dasselbe werden entgegen genommen von den Bezirks- und Ortsverwaltungen, sowie vom Verlag Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauserstr. 42. Preis für Mitglieder 6 M., im Buchhandel 12 M.

Neu erschienen und durch uns zu beziehen: Demas 21 Punkte. Preis 2,50 M. Unterirdische Literatur im revolutionären Deutschland während des Weltkrieges. I. Die revolutionäre Propaganda in Deutschland. II. Die revolutionäre Propaganda vom Ausland her. Preis 17,50 M. Der Feldherr Lubendorf. Preis 6,50 M.